



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

41. Jahrgang

Heft 3

März 1989

Grafik des Monats: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

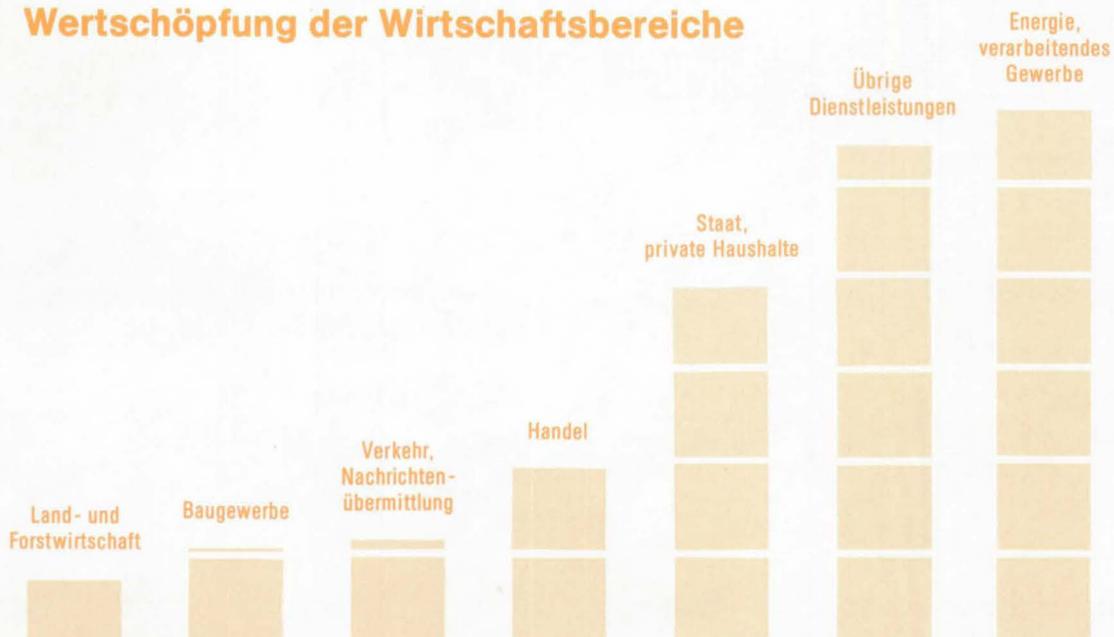
Aufsätze: Erwerbstätigkeit 1987
Statistische Methoden

Kurzberichte: Statistik der Gewerbeanzeigen
Studienwünsche

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Januar 1989		Januar bis Dezember 1988	
Beschäftigte	1 000	167	+ 2,6	165	+ 0,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	+ 5,3	15	+ 1,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	577	+ 7,7	597	+ 4,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 135	+ 18,2	3 195	+ 6,7
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 312	+ 11,3	2 427	+ 4,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	823	+ 43,4	768	+ 13,8
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 183	+ 18,0	1 956	+ 11,0
aus dem Inland	Mill. DM	1 441	+ 13,9	1 238	+ 5,2
aus dem Ausland	Mill. DM	741	+ 26,9	718	+ 22,6
Energieverbrauch	1 000 t SKE			202	+ 3,3
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	39	- 0,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	+ 3,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	110	+ 4,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	360	+ 4,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	224	+ 9,7
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	374	- 16,7	581	+ 5,1
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	332	- 32,8	515	+ 24,4
Einzelhandel					
		Dezember 1988		Januar bis Dezember 1988	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	137,8	+ 1,9	109,8	+ 4,0
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	90,4	- 0,5	106,2	+ 3,5
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	124	+ 10,7	266	+ 3,4
Übernachtungen	1 000	448	+ 5,2	1 432	+ 0,3
Arbeitsmarkt					
		Januar 1989		Januar bis Dezember 1988	
Arbeitslose	Anzahl	119 375	- 5,1	108 753	- 2,1
Außenhandel					
		Dezember 1988		Januar bis Dezember 1988	
Ausfuhr	Mill. DM	1 018,6	+ 16,5	923,9	+ 9,2
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 742	+ 0,7	8 747	- 2,3
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	50 108	+ 2,3	49 445	+ 2,7

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

41. Jahrgang

Heft 3

März 1989

Aktuelle Auslese



Baugenehmigungen ziehen wieder leicht an

Im Jahre 1988 wurden von den Baugenehmigungsbehörden des Landes etwas über 7 000 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das sind 5 % mehr als im Jahr zuvor. Trotzdem ist das Ergebnis 1988 nur etwas mehr als die Hälfte des Wertes von 1984. 1985, 1986 und 1987 hatte es kräftige Rückgänge der Genehmigungen im Wohnungsbau gegeben. 1987 stellt also vorerst den Tiefpunkt dieser Entwicklung dar.

Im Nichtwohnbau gab es 1988 ebenfalls eine Zunahme der Baugenehmigungen. Sie fiel nach der Gebäudezahl gemessen mit 4 % deutlich geringer aus als nach dem Rauminhalt der Gebäude (25 %) oder nach den veranschlagten Baukosten (34 %).



Verkaufsanbau von Blumen und Zierpflanzen

1988 wurde der Verkaufsanbau von Blumen und Zierpflanzen erhoben. Die Zahl der Betriebe ging gegenüber 1984, dem Jahr der vorhergehenden Erhebung, um ein Viertel auf 522 zurück. Die Grundfläche auf dem Freiland erhöhte sich um 7 % auf 202 ha, während die unter Glas auf 95 ha leicht abnahm.

Bei den einzelnen Arten zeigt die Erhebung recht unterschiedliche Entwicklungen im Freiland- und Unterglasanbau. Gegenüber 1984 wurden im Freiland deutlich mehr Nelken (+ 50 %), Blumenstauden (+ 13 %) und Blumenknollen (+ 6 %) sowie Maiblumen (+ 8 %) angebaut. Dagegen war der Anbau von Schnittrosen (- 50 %) rückläufig. Kleiner als 1984 waren auch die Aufstellflächen für Topf- und Balenpflanzen. In den Unterglasanlagen nahm besonders der Bestand an Rosen zum Schnitt (- 14 %) sowie an Freesien (- 60 %) weiter ab.



Zuwächse im verarbeitenden Gewerbe

Die monatliche Berichterstattung im verarbeitenden Gewerbe schloß das Jahr 1988 mit ausnahmslos positiven Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr ab, jedenfalls bei den wichtigsten Merkmalen. Der Umsatz konnte um 7 % gesteigert werden, die Lohn- und Gehaltssumme wuchs um 5 %, und auch die Auftrags-eingänge ausgewählter Wirtschaftszweige haben sich mit + 11 % erfreulich entwickelt und lassen für 1989 eine zunächst gute Beschäftigung der Betriebe erwarten. Wie in den Vorjahren verlief auch 1988 die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze weniger günstig als die der Umsätze. Nur im Jahresdurchschnitt hatten immerhin fast ein Prozent mehr Beschäftigte als im Vorjahr im verarbeitenden Gewerbe einen Arbeitsplatz. Die Zahl der im Laufe des Jahres 1988 geleisteten Arbeiterstunden war um über 1 % höher als 1987.



Kaufpreise für landwirtschaftliche Grundstücke weiter rückläufig

Nach noch vorläufigen Ergebnissen wurde 1988 bei Verkäufen von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung (ohne Gebäude und ohne Inventar) im Landesdurchschnitt ein Kaufwert von 18 400 DM je Hektar erzielt. Dieser war um 1 000 DM geringer als im Vorjahr. Seit 1980 sind die durchschnittlichen Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung um etwa ein Drittel zurückgegangen. Die Zahl der Kauffälle 1988 und die insgesamt veräußerte Fläche war kleiner als 1987. In den einzelnen Kreisen und Naturräumen verlief die Kaufwertentwicklung unterschiedlich. In Gebieten mit starkem Marktfruchtanbau war der Rückgang im allgemeinen größer als in denen mit hohem Futterbauanteil. Im Kreis Pinneberg mit seiner Großstadtnähe und seinem intensiven Baumschul- und Zierpflanzenanbau stieg der durchschnittliche Kaufwert je ha sogar weiter an.

Erwerbstätigkeit 1987

Mit der Volkszählung am 25. Mai 1987 sind erstmals seit der Volkszählung am 27. Mai 1970 wieder alle Erwerbstätigen erfaßt worden, und zwar sowohl am Wohnort als auch am Arbeitsort. Hier sollen zunächst die Erwerbstätigen am Wohnort dargestellt werden. Zur Ermittlung der Erwerbstätigen am Arbeitsort müssen noch die Angaben zur Lage der Arbeitsstätte herangezogen werden, um festzustellen, wieviel Erwerbstätige in einen Ort einpendeln oder aus ihm auspendeln. Dann ergeben sich aus den Erwerbstätigen am Wohnort und dem Pendlersaldo die Erwerbstätigen am Arbeitsort. Die Erwerbstätigen am Wohnort geben also an, wieviel Personen in einer Gemeinde einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und zwar unabhängig davon, ob sie in dieser oder in einer anderen Gemeinde arbeiten. Entsprechendes gilt für andere regionale Einheiten, also beispielsweise für die Erwerbstätigkeit in den Kreisen und im Land Schleswig-Holstein. Die Pendlerzahlen liegen zur Zeit noch nicht vor.

Als erwerbstätig gelten Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich der Soldaten und mit-helfenden Familienangehörigen) oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Auch Auszubildende zählen zu den Erwerbstätigen. Hausfrauen und ehrenamtlich Tätige gehören nach dem international geltenden Erwerbskonzept dagegen nicht zu den Erwerbstätigen. Gezählt werden Personen, sie werden klassifiziert nach ihrer Haupterwerbstätigkeit. Bei Mehrfachbeschäftigungen wäre es auch denkbar, die Beschäftigungsfälle zu zählen. In der Arbeitsstättenzählung z. B., die 1987 wie 1970 mit der Volkszählung gekoppelt war, können schon deshalb nur Beschäftigungsfälle gezählt werden, weil hier der Respondent der Leiter der Arbeitsstätte und nicht der einzelne Erwerbstätige selbst ist. In der Volkszählung wird über die Darstellung nach Personen hinaus lediglich ermittelt, wieviel Personen eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben, und dies auch nur in der Ausprägung landwirtschaftlich oder nichtlandwirtschaftlich.

Neben der Analyse der Erwerbstätigkeit 1987 steht gleichrangig der Vergleich mit 1970. Dabei muß aber natürlich berücksichtigt werden, daß dann zwei Zustände an bestimmten Stichtagen miteinander verglichen werden und daraus keine stetige Entwicklung abgeleitet werden darf. Zwischen den Stichtagen sind

auch gegenläufige Entwicklungen in der Erwerbstätigkeit aufgetreten, und auch das jährliche Ausmaß der Zu- und Abnahmen ist unterschiedlich gewesen. Aber der Stichtagsvergleich über eine Periode von nicht weniger als 17 Jahren gibt wichtige Hinweise über Strukturverschiebungen bei den Erwerbstätigen und in den Regionen.

Gradmesser der Erwerbstätigkeit

Von den 1,121 Mill. erwerbstätigen Schleswig-Holsteiner waren am Volkszählungstichtag 1987 690 000 oder 62 % Männer und 431 000 oder 38 % Frauen. Neben dieser Verteilung der Geschlechter bei allen Erwerbstätigen interessiert vor allem der Grad der Erwerbstätigkeit. In dem Zusammenhang spricht man von Erwerbstätigenquoten, die Erwerbstätigen werden auf die Bevölkerung bezogen. Für alle Schleswig-Holsteiner ergibt sich eine Erwerbstätigenquote von 44 %, bei den Männern allein sind es 56 % und bei den Frauen 33 %. Bei diesen Quoten sind in den Bezugszahlen Bevölkerung insgesamt sowie männliche und weibliche Bevölkerung sowohl die Personen im nichterwerbsfähigen Alter bis zu 15 Jahren als auch die normalerweise nicht mehr Erwerbstätigen im Alter von 65 und mehr Jahren enthalten. Errechnet man stattdessen den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, dann ergibt sich für alle Erwerbstätigen eine Quote von 63 %, für die Männer 77 % und für die Frauen 49 %.

Zahlen zur Erwerbstätigkeit 1970 und 1987

	Volkszählung am			
	25. Mai 1970	27. Mai 1987	Davon	
			männlich	weiblich
	Anzahl			
Bevölkerung	2 494 104	2 554 241	1 228 663	1 325 578
Erwerbstätige	1 032 560	1 121 426	690 489	430 937
Erwerbslose	5 800	108 099	63 703	44 396
Erwerbspersonen	1 038 360	1 229 525	754 192	475 333
	in %			
Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung ...				
... ohne Altersbegrenzung	41,4	43,9	56,2	32,5
... im Alter von 15 b.unt.65 Jahren	67,0	63,0	76,8	48,9
Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung	41,6	48,1	61,4	35,9

Bei einem Vergleich der Erwerbstätigenquoten 1987 mit denen von 1970 ist zu überprüfen, ob schon von der Veränderung der Struktur der Bevölkerung maßgebliche Einflüsse ausgehen können. So ist zu beachten, daß bei kaum veränderter Gesamtbevölkerung (+ 2,4 %) der Anteil der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 62 % im Jahre 1970 auf 70 % im Jahr 1987 angestiegen ist. Mit anderen Worten ist das Potential, aus dem die Erwerbstätigen hervorgehen, um 8 Prozentpunkte gestiegen. Andererseits ist der Anteil der Schüler und Studierenden nahezu konstant geblieben. Daß sich die absolute wie relative Zunahme der Personen im erwerbsfähigen Alter aber nicht in vollem Umfang auf die Erwerbstätigenquote auswirkt, liegt an der Tatsache, daß 1970 nur knapp 6 000 erwerbslos waren, 1987 dagegen 108 000. Weitere Ursachen hierfür sind der durch die Verlängerung der Ausbildung bedingte spätere Eintritt der Jugendlichen ins Erwerbsleben sowie der heute durchschnittlich wesentlich frühere Übergang in den Ruhestand.

Tatsächlich hat sich die Erwerbstätigenquote von 41,4 % im Jahre 1970 um 2,5 Punkte auf 43,9 % erhöht. Die Auswirkungen der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt lassen sich dadurch verdeutlichen, daß man der Erwerbstätigenquote die Erwerbspersonenquote, oder auch kurz Erwerbsquote, gegenüberstellt. Als Erwerbspersonen zählen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen, die man in ihrer Summe zur Ermittlung der Erwerbsquote auf die Bevölkerung bezieht. Als erwerbslos gelten Personen, die nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, sich aber um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet sind oder nicht. Für 1970 ergibt sich eine Erwerbsquote von 41,6 %, für 1987 dagegen eine von 48,1 %. Die Erwerbsquote hat sich also merklich stärker als die Erwerbstätigenquote, nämlich um 6,5 Punkte erhöht. Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbstätigkeit wird deutlicher, wenn auch einmal mit absoluten Zahlen dargestellt wird, was 1987 anders ist als 1970. So ist bei einer Zunahme der Bevölkerung insgesamt um 60 000 die Zahl der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die sog. Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, um 240 000 gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 89 000, die der Erwerbspersonen aber um 191 000.

Deutlich mehr Frauen im Beruf

Die Zahl der Erwerbstätigen ist 1987 um 89 000 oder 8,6 % höher als 1970. Trotz der Verschiebung der Altersstruktur zugunsten der Personen im erwerbsfähigen

Alter ist die Erwerbstätigenquote aber wegen der vorgenannten Gründe nur um 2,5 Punkte angestiegen. Bei diesem Vergleich sind zwischen den Geschlechtern bemerkenswerte Unterschiede festzustellen. So ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen 1987 um 80 000 oder 22,9 % höher als 1970, die der erwerbstätigen Männer dagegen nur um 9 000 oder 1,3 %. Damit sind die obengenannten 89 000 zusätzlichen Arbeitskräfte seit 1970 fast ausschließlich von Frauen besetzt worden. Der Anteil von Frauen an allen Erwerbstätigen erhöhte sich von 34 % auf 38 %. Gleichzeitig stieg die Erwerbstätigenquote der Frauen, das ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung, um 6 Punkte von 27 % auf 33 %. Die Erwerbstätigenquote der Männer ging dagegen um einen Punkt von 57 % auf 56 % sogar zurück.

Diese gravierende Veränderung der Erwerbstätigkeit von Frauen in einem Zeitraum von knapp 20 Jahren hat natürlich eine entsprechende Auswirkung auf den Arbeitsmarkt. Um das Ausmaß dieser Veränderung etwas deutlicher werden zu lassen, soll einmal der tatsächlichen Entwicklung eine mit unterstellter Konstanz in der Erwerbstätigkeit der Frauen gegenübergestellt werden: Die Erwerbstätigenquote der Frauen von 27 % im Jahre 1970 wird also auch für 1987 unterstellt und auf die weibliche Bevölkerung angelegt. Dann ergäben sich für 1987 nur 356 000 erwerbstätige Frauen, also 75 000 weniger als nach der tatsächlichen Entwicklung.

Uneinheitliche Entwicklung in den Kreisen

Sehr unterschiedlich fällt der Vergleich der Erwerbstätigen zu den Volkszählungstichtagen der Jahre 1970 und 1987 in den kreisfreien Städten und Kreisen aus. Durch die starke Wanderung der Einwohner aus den kreisfreien Städten in die umliegenden Gemeinden sind nicht nur die Einwohnerzahlen, sondern entsprechend auch die Erwerbstätigenzahlen in den kreisfreien Städten zurückgegangen, am wenigsten noch in Neumünster (8 %), am stärksten in Lübeck (14 %). Die Erwerbstätigenquote lag in allen vier Städten unter dem Landesdurchschnitt. Gegenüber 1970 ist sie in Flensburg konstant geblieben und in den übrigen kreisfreien Städten leicht gesunken.

In allen Kreisen hat die Zahl der Erwerbstätigen zugenommen. Die Spannweite der Zugewinne liegt zwischen 0,2 % in Dithmarschen und 45 % in Segeberg. Auch bei den Erwerbstätigenquoten besetzen diese beiden Kreise die Extremwerte. Dithmarschen weist mit 40 % die niedrigste des Landes auf, wogegen Sege-

Erwerbstätige am Wohnort 1970 und 1987

KREISFREIE STADT Kreis	Volkszählung am 27. 5. 1970		Volkszählung am 25. 5. 1987		Veränderung Volkszählung 1987 gegenüber Volkszählung 1970	
	Anzahl	Anteil an der Bevölkerung %	Anzahl	Anteil an der Bevölkerung %	absolut	%
FLENSBURG	40 029	41,2	35 667	41,2	- 4 362	- 10,9
KIEL	114 553	42,2	99 077	41,7	- 15 476	- 13,5
LÜBECK	99 641	41,6	85 409	40,6	- 14 232	- 14,3
NEUMÜNSTER	36 314	42,2	33 400	41,9	- 2 914	- 8,0
Dithmarschen	51 367	38,3	51 446	40,2	+ 79	+ 0,2
Hzgt. Lauenburg	58 264	41,1	67 711	44,1	+ 9 447	+ 16,2
Nordfriesland	63 575	40,6	65 757	43,8	+ 2 182	+ 3,4
Ostholstein	71 169	40,4	77 893	42,4	+ 6 724	+ 9,4
Pinneberg	105 774	44,5	123 949	47,8	+ 18 175	+ 17,2
Plön	43 538	40,8	50 837	43,9	+ 7 299	+ 16,8
Rendsburg-Eckernförde	89 507	40,1	105 655	43,6	+ 16 148	+ 18,0
Schleswig-Flensburg	68 163	40,1	76 295	43,2	+ 8 132	+ 11,9
Segeberg	70 297	42,7	102 032	48,1	+ 31 735	+ 45,1
Steinburg	53 195	40,3	54 885	43,7	+ 1 690	+ 3,2
Stormarn	67 174	42,8	91 413	47,5	+ 24 239	+ 36,1
Schleswig-Holstein	1 032 560	41,4	1 121 426	43,9	+ 88 866	+ 8,6

bergs Erwerbstätigenquote von 48 % die höchste ist. Die politische Entscheidung zur Bildung der Stadt Norderstedt am 1. 1. 1970 durch Zusammenschluß der damaligen Gemeinden Friedrichsgabe und Garstedt (Kreis Pinneberg) sowie Glashütte und Harksheide (Kreis Stormarn) und ihre Angliederung an den Kreis Segeberg hat zur Spitzenstellung Segebergs erheblich beigetragen: Jeder Dritte von insgesamt 102 000 Erwerbstätigen des Kreises Segeberg wohnt in Norderstedt, und die Erwerbstätigenquote in Norderstedt liegt mit 51 % erheblich über dem Landesdurchschnitt (44 %).

Allen Kreisen ist gemeinsam, daß zwischen 1970 und 1987 auch die Erwerbstätigenquote gestiegen ist. Auch hier zeigt sich die besondere Dynamik für den Arbeitsmarkt, die von der Bildung der Stadt Norderstedt auf den Kreis Segeberg ausging, denn die Erwerbstätigenquote des Kreises Segeberg erhöhte sich um 5,4 Punkte und damit ganz erheblich stärker als in den anderen Kreisen. In die Nähe dieser Entwicklung kommt nur noch der Kreis Stormarn, in dem die Erwerbstätigenquote seit 1970 um 4,7 Punkte zugenommen hat. Sind damit schon zwei der vier Hamburg-Randkreise genannt, so sollte ergänzt werden, daß der Kreis Pinneberg mit einer Erwerbstätigenquote von 47,8 % nur knapp hinter dem Kreis Segeberg, aber noch vor dem Kreis Stormarn rangiert. Im Kreis Pinneberg konnte

1970 sogar die mit Abstand höchste Erwerbstätigenquote (44,5 %) aller kreisfreien Städte und Kreise festgestellt werden. Gerade deswegen ist bemerkenswert, daß trotz dieses 1970 bereits hohen Niveaus in diesem Kreis noch eine über dem Landesdurchschnitt liegende Zunahme der Erwerbstätigenquote von 3,3 Punkten stattgefunden hat. Etwas zurück gegenüber der Entwicklung am Rande von Hamburg bleibt nur der Kreis Herzogtum Lauenburg, obwohl auch er an Hamburg grenzt. Aber auch er liegt trotzdem mit der Erwerbstätigenquote 1987 in Höhe und Entwicklung seit 1970 über dem Landesdurchschnitt. Merklich unter dem Landesdurchschnitt bleibt die Erwerbstätigenquote außer im Kreis Dithmarschen nur noch im Kreis Ostholstein (42,4 %).

Zusammenfassend sei noch einmal auf die sehr unterschiedliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den kreisfreien Städten und Kreisen verwiesen. In allen Kreisen wurden am Volkszählungstichtag 1987 mehr Erwerbstätige gezählt als 1970, in allen kreisfreien Städten dagegen weniger. Und zwar waren es in den Kreisen 126 000 Erwerbstätige mehr (+ 17 %) und in den kreisfreien Städten 37 000 Erwerbstätige weniger (- 13 %). Zwei Drittel von dem Zuwachs in den Kreisen entfallen auf die vier Hamburg-Randkreise, darunter auf den Kreis Segeberg allein ein Viertel. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß es sich hierbei um die Darstel-

lung der Erwerbstätigen am Wohnort handelt, und daß der Arbeitsort für eine sehr große Anzahl von Schleswig-Holsteinern — insbesondere in den Hamburg-Randkreisen — außerhalb Schleswig-Holsteins liegt, und zwar vor allem in Hamburg. Die insgesamt für Schleswig-Holsteiner zwischen 1970 und 1987 zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze (89 000) sind nahezu identisch mit der zusätzlichen Anzahl der Arbeitsplätze für Einwohner der Hamburg-Randkreise (84 000). Die übrigen Kreise Schleswig-Holsteins decken gerade den Verlust an Arbeitsplätzen in den kreisfreien Städten ab.

Jeder elfte Erwerbstätige ist selbständig

Von den 1,121 Mill. erwerbstätigen Schleswig-Holsteinern arbeiteten 103 000 oder 9,2 % als Selbständige und 23 000 oder 2,1 % als mithelfende Familienangehörige. Als Arbeitnehmer gingen damit 995 000 oder 88,7 % ihrer Beschäftigung nach.

Nach der Stellung im Beruf bildeten die Angestellten einschl. der kaufmännischen und technischen Auszubildenden mit 471 000 oder 42 % die größte Gruppe der Erwerbstätigen. Jeder dritte Erwerbstätige war ein Arbeiter oder gewerblich Auszubildender. Bei beiden Berufsgruppen ist für die Zuordnung der Arbeitsvertrag und nicht die Art der Versicherung maßgeblich, so daß z. B. Personen, die aufgrund ihrer langjährigen Betriebszugehörigkeit vom Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden, als Angestellte gelten, auch wenn sie weiterhin Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeiter zahlen. Bemerkenswert ist der hohe Anteil der Beamten, zu denen auch die Richter und Soldaten gehören. Jeder achte Erwerbstätige zählte zu dieser Gruppe. Maßgeblich bestimmt wird diese Zahl durch den im Vergleich zur schleswig-holsteinischen Bevölkerung überproportionalen Anteil der in unserem Land stationierten Zeit- und Berufssoldaten. Die Wehrpflichtigen wurden dagegen nicht in ihrer Standort-, sondern in ihrer Heimatgemeinde gezählt, so daß diese dem Anteil der Bevölkerung entsprechend auf die einzelnen Bundesländer verteilt sein dürften.

Natürlich wirkt sich das starke Gewicht der Soldaten innerhalb der Gruppe der Beamten auf die Geschlechterverteilung aus. Nur jede sechste Person (17 %) unter den Beamten ist eine Frau, während an den Erwerbstätigen insgesamt die Frauen mit der genannten Quote von 38 % beteiligt sind. Erwartungsgemäß ist die Frauenquote bei den mithelfenden Familienangehörigen mit 82 % sehr hoch. Außerdem stellten die Frauen nur noch bei den Angestellten mit 56 % die größere Zahl als die Männer. Dagegen ist der Beruf des

Erwerbstätige am Wohnort nach der Stellung im Beruf und nach dem Geschlecht - Volkszählung am 25. 5. 1987 -

Stellung im Beruf	Männer	%	Frauen	%
Selbständige	79 858	77,6	23 031	22,4
Mithelfende Familienangeh. Beamte, Richter, Soldaten usw.	4 327	18,5	19 072	81,5
Angestellte, Auszubildende kaufm./techn.	116 499	83,3	23 419	16,7
Arbeiter, Auszubildende gewerblich	209 218	44,4	261 951	55,6
	280 587	73,1	103 464	26,9
Erwerbstätige insgesamt	690 489	61,6	430 937	38,4

Arbeiters eine Domäne des Mannes. Und auch die Selbständigen waren zu 78 % Männer. Trotzdem ist bemerkenswert, daß fast jeder vierte der zur Zeit der Volkszählung Selbständigen eine Frau war, denn 1970 waren die Frauen nur auf einen Anteil von 17 % gekommen.

Im übrigen ist im Vergleich zu 1970 die Entwicklung der Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen gegenläufig zu der der Arbeitnehmer. Die Zahl der Arbeitnehmer erhöhte sich um 136 000 oder 16 %, die der Selbständigen verringerte sich um 8 000 oder 7 % und die der mithelfenden Familienangehörigen um 40 000 oder 63 %. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen um 5,5 Prozentpunkte.

Aus dem Vergleich der Zahlen von 1970 und 1987 ist vor allem eine starke Tendenz vom Status des Arbeiters zu dem des Angestellten herauszulesen. Stellte 1970 die Gruppe der Arbeiter mit 41 % noch den gegenüber den 32 % der Angestellten erheblich größeren Anteil an allen Erwerbstätigen, so war das Verhältnis 1987 nahezu umgekehrt. Der Anteilswert der Angestellten erhöhte sich um 10 Punkte, der der Arbeiter verringerte sich um 6 Punkte. An Bedeutung für die Erwerbstätigkeit verloren haben die mithelfenden Familienangehörigen, die es 1987 nur noch auf einen Anteil von 2 % brachten, nachdem sich dieser 1970 immerhin noch auf 6 % belief.

Unterschiedliche Berufsstruktur in den Kreisen

In den kreisfreien Städten und Kreisen ist die Struktur der Erwerbstätigkeit nach der Stellung im Beruf zum Teil recht unterschiedlich. Bemerkenswert ist der erheblich unter dem Landesdurchschnitt liegende Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in den kreisfreien Städten. In Kiel waren es nur 5,0 %, in Lübeck

Erwerbstätige am Wohnort nach der Stellung im Beruf

- Volkszählung am 25. 5. 1987 -

KREISFREIE STADT	Ins- gesamt	Davon ... in %				
		Selbständige	mithelfende Familien- angehörige	Beamte ¹	Angestellte ²	Arbeiter ³
Kreis						
FLENSBURG	35 667	6,1	0,8	18,7	40,7	33,6
KIEL	99 077	5,0	0,6	15,8	46,1	32,4
LÜBECK	85 409	6,4	0,8	11,9	42,9	37,9
NEUMÜNSTER	33 400	5,8	1,0	12,5	39,0	41,8
Dithmarschen	51 446	12,6	3,6	11,3	34,8	37,7
Hzgt. Lauenburg	67 711	9,4	2,3	11,4	41,0	35,8
Nordfriesland	65 757	13,3	3,9	13,0	35,5	34,3
Ostholstein	77 893	10,5	2,0	12,9	40,7	33,8
Pinneberg	123 949	9,3	1,7	9,4	47,8	31,8
Plön	50 837	9,6	2,5	14,7	40,6	32,6
Rendsburg-Eckernförde	105 655	9,3	2,5	14,3	39,3	34,5
Schleswig-Flensburg	76 295	10,9	3,4	16,6	34,3	34,8
Segeberg	102 032	9,4	2,1	8,8	47,1	32,5
Steinburg	54 885	9,8	3,0	11,0	35,4	40,8
Stormarn	91 413	9,8	1,7	9,9	49,7	28,9
Schleswig-Holstein	1 121 426	9,2	2,1	12,5	42,0	34,3
Dagegen Volkszählung 1970	1 032 560	10,7	6,1	10,8	31,9	40,5

1) einschl. Richter und Soldaten

2) einschl. kaufm./technisch Auszubildende

3) einschl. gewerblich Auszubildende

6,4 %. Die Anteile in Flensburg und Neumünster lagen zwischen diesen beiden Werten. Dagegen brachten es die Selbständigen in allen Kreisen auf einen überdurchschnittlichen Anteil. Besonders heraus heben sich dabei die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen, in denen 13,3 % und 12,6 % der Erwerbstätigen zu den Selbständigen zählten. Diese hohen Quoten dürften vor allem auf die landwirtschaftliche Struktur dieser Kreise, aber auch auf den Fremdenverkehr mit seiner besonderen Wirtschaftsstruktur zurückzuführen sein. Verständlich wird dann auch, daß in diesen beiden Kreisen die mithelfenden Familienangehörigen auf Anteile von 3,9 % und 3,6 % kamen.

Es würde hier sicherlich zu weit führen, im einzelnen auf die Unterschiede in den Kreisen einzugehen. Allgemein sei aber angemerkt, daß die Struktur der Erwerbstätigkeit nach der Stellung im Beruf maßgeblich bestimmt wird durch die Zugehörigkeit der Erwerbstätigen zu den einzelnen Wirtschaftsbereichen, wie es oben bereits für den Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei angedeutet wurde. So ist z. B. der sehr hohe Anteil der Arbeiter (42 %) in Neu-

münster auf die überdurchschnittlich große Bedeutung des produzierenden Gewerbes zurückzuführen. Andererseits ist die Ursache für den besonders hohen Anteil der Beamten von fast 19 % in Flensburg darin zu sehen, daß zu den schon herausgehobenen Verwaltungsaufgaben einer kreisfreien Stadt u. a. die Bundesbehörden von Bahn, Post und Zoll sowie das Kraftfahrtbundesamt und die Standortverwaltungen hinzukommen. In Schleswig-Flensburg wird der ebenfalls erheblich über dem Landesdurchschnitt liegende Anteil der Beamten maßgeblich bestimmt durch die dort sitzenden Gerichte und Standortverwaltungen.

Nur noch jeder dritte Erwerbstätige arbeitet im produzierenden Sektor

Von den erwerbstätigen Schleswig-Holsteinern arbeitete 1987 nur noch jeder dritte (35 %) in den produzierenden Wirtschaftsbereichen, zu denen die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie das produzierende Gewerbe gehören. Als produzierendes Gewerbe faßt man Energiewirtschaft, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe

Erwerbstätige am Wohnort nach Wirtschaftsbereichen

- Volkszählung am 25. 5. 1987 -

KREISFREIE STADT Kreis	Insgesamt	Davon gehörten zum Wirtschaftsbereich... in %			
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Nachrichten- übermittlung	übrige Dienst- leistungen
FLensburg	35 667	0,7	26,5	20,8	52,0
KIEL	99 077	0,5	26,8	18,8	53,9
LÜBECK	85 409	1,1	33,0	23,0	42,9
NEUMÜNSTER	33 400	1,3	37,8	22,4	38,6
Dithmarschen	51 446	9,6	30,9	19,7	39,8
Hzgt. Lauenburg	67 711	4,9	34,9	20,0	40,2
Nordfriesland	65 757	9,5	21,0	18,8	50,7
Ostholstein	77 893	5,0	26,2	20,7	48,1
Pinneberg	123 949	4,8	34,2	23,8	37,3
Plön	50 837	6,6	28,2	17,7	47,6
Rendsburg-Eckernförde	105 655	6,6	28,8	17,8	46,7
Schleswig-Flensburg	76 295	9,2	25,3	17,1	48,3
Segeberg	102 032	4,6	32,4	25,5	37,5
Steinburg	54 885	7,7	35,2	19,1	37,9
Stormarn	91 413	3,0	33,3	23,9	39,9
Schleswig-Holstein	1 121 426	4,9	30,3	20,9	43,9
Dagegen Volkszählung 1970	1 032 560	9,4	37,0	21,1	32,5

und Baugewerbe zusammen. In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei waren 5 % und im produzierenden Gewerbe 30 % tätig. Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft ist von den Schleswig-Holsteinern also schon sehr weit zurückgelegt. Bestimmt wurde dieser Weg durch die Expansion in den Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen wie Banken und Versicherungen, Gastgewerbe, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Gesundheitswesen, Behörden und Sozialversicherung. In diesen Unternehmen und Behörden, die als „übrige“ Dienstleistungen zusammengefaßt sind, waren 1987 immerhin 44 % aller erwerbstätigen Schleswig-Holsteiner beschäftigt, gegenüber 33 % im Jahre 1970. Dagegen blieb der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 21 % konstant. Die Erwerbstätigkeit hat sich also in vollem Umfang vom produzierenden Sektor in die „übrigen“ Dienstleistungen verlagert. Gegenüber 1970 ging der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei um 4 Punkte und im produzierenden Gewerbe um 7 Punkte zurück.

Erwartungsgemäß hatten Kiel und Flensburg 1987 den geringsten Anteil (27 %) Erwerbstätige im produzierenden Sektor. Bei den übrigen kreisfreien Städten und Kreisen lag dieser Anteil zwischen 30 % in Nordfries-

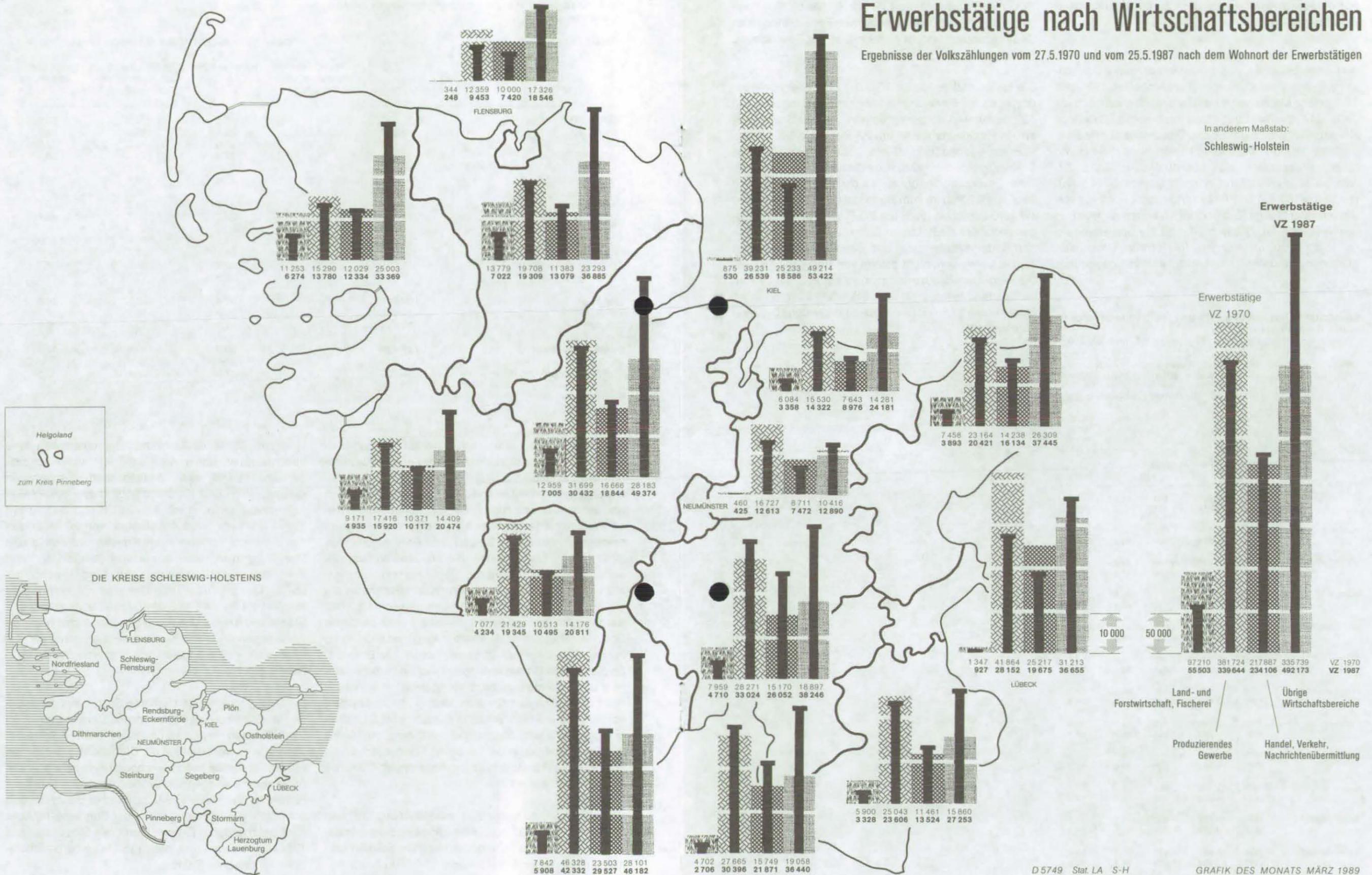
land und 43 % in Steinburg. Bemerkenswert sind noch die relativ hohen Anteile (10 %) des Wirtschaftsbereiches Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in Dithmarschen und Nordfriesland, knapp gefolgt von Schleswig-Flensburg mit 9 %. 1970 hatten es diese Kreise aber noch auf Anteilswerte von 20 % in den damals noch selbständigen Kreisen Schleswig und Flensburg zusammen sowie von jeweils 18 % in den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland gebracht. Das produzierende Gewerbe hat in Neumünster mit 38 % den höchsten Anteil aller kreisfreien Städte und Kreise. Über dem Landesdurchschnitt von 30 % liegen noch 7 weitere Kreise. Das geringste Gewicht hatte das produzierende Gewerbe mit 21 % in Nordfriesland.

Durch den sogenannten tertiären Sektor wird die Struktur der Erwerbstätigkeit besonders stark in den kreisfreien Städten Flensburg und Kiel bestimmt, in denen 73 % aller Erwerbstätigen mit Dienstleistungen zu tun haben. Für diesen besonders hohen Anteil zeichnet der Staat aus naheliegenden Gründen mit verantwortlich. Flensburg und Kiel sind Sitz zahlreicher Behörden und obendrein Standortgemeinden der Bundeswehr. Aber auch beim anderen Extrem, dem Kreis Steinburg, fand 1987 mindestens jeder zweite (57 %) eine Beschäftigung im tertiären Sektor.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Ergebnisse der Volkszählungen vom 27.5.1970 und vom 25.5.1987 nach dem Wohnort der Erwerbstätigen

In anderem Maßstab:
Schleswig-Holstein



In Schleswig-Holstein höchste Zunahme unter den Bundesländern

Während die Zahl der in Schleswig-Holstein wohnenden Erwerbstätigen von 1970 bis 1987 um 8,6 % anstieg, gingen im gesamten Bundesgebiet 1987 nur 1,6 % mehr Menschen einer Erwerbstätigkeit nach als 1970. Mit dieser Steigerungsrate liegt Schleswig-Holstein weitaus an der Spitze. Das zweitplatzierte Bundesland Baden-Württemberg kommt nur auf die Hälfte dieser Prozentzahl. Auf überdurchschnittliche Zuwächse können außerdem noch Bayern (+ 4,1 %), Hessen (+ 3,7 %) und Rheinland-Pfalz (+ 2,9 %) verweisen, rückläufige Entwicklungen waren dagegen in Berlin (- 3,3 %), Bremen (- 14,5 %) und Hamburg (- 15,5 %) zu verzeichnen. In Nordrhein-Westfalen blieb der Stand der Erwerbstätigkeit 1987 gegenüber

1970 nahezu unverändert (- 0,3 %). Auch hier spiegeln sich z. T. die unterschiedlichen Entwicklungen im Gesamtbestand und im Altersaufbau der Bevölkerung wider.

Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, nahm im Bundesgebiet von 43,7 % auf 44,1 % geringfügig zu. Dieser Steigerung um 0,4 Punkte steht eine um 2,5 Punkte in Schleswig-Holstein gegenüber. Diese Entwicklung brachte Schleswig-Holstein nahezu auf die bundesdurchschnittliche Erwerbstätigenquote, weicht sie doch jetzt nur noch um 0,2 Punkte vom Bundesstandard ab, während sie 1970 immerhin noch um 2,3 Punkte darunter gelegen hatte. Auf die höchsten Erwerbstätigenquoten können Baden-Württemberg und Bayern mit 46,9 % und 46,8 % verweisen, dicht gefolgt von Berlin mit 46,1 %. Die niedrigste Erwerbstätigenquote wurde mit 39,1 % im Saarland festgestellt. Auch Bremen liegt mit einer Quote von 40,1 % noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.

Peter Möller

Erwerbstätige Bevölkerung 1970 und 1987 (Volkszählungen) in den Bundesländern

- Berechnungsstand Nov. 1988, Ergebnisse z.T. noch vorläufig -

Land	Jahr	Bevölkerung	Erwerbstätige am Wohnort	Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung ...	
				insgesamt	im Alter von 15 bis unter 65 Jahren
		in 1 000		in %	
Schleswig-Holstein	1970	2 494	1 033	41,4	67,0
	1987	2 554	1 121	43,9	63,0
Hamburg	1970	1 794	828	46,1	71,2
	1987	1 595	699	43,8	62,7
Niedersachsen	1970	7 082	3 005	42,4	68,4
	1987	7 165	3 039	42,4	61,1
Bremen	1970	723	310	42,9	66,8
	1987	660	265	40,1	57,6
Nordrhein-Westfalen	1970	16 914	6 957	41,1	63,9
	1987	16 712	6 933	41,5	58,6
Hessen	1970	5 382	2 402	44,6	69,1
	1987	5 508	2 491	45,2	64,3
Rheinland-Pfalz	1970	3 645	1 523	41,8	66,9
	1987	3 630	1 568	43,2	61,9
Baden-Württemberg	1970	8 895	4 176	46,9	73,3
	1987	9 286	4 355	46,9	66,7
Bayern	1970	10 479	4 894	46,7	73,7
	1987	10 903	5 097	46,8	67,1
Saarland	1970	1 120	406	36,3	57,1
	1987	1 056	412	39,1	54,8
Berlin (West)	1970	2 122	960	45,2	71,2
	1987	2 014	928	46,1	66,9
Bundesgebiet	1970	60 651	26 493	43,7	68,6
	1987	61 083	26 909	44,1	62,8

Zur Diskussion über statistische Methoden

Von Prof. Dr. Max Wingen und Dipl.-Math. Rolf Deininger

Dieser Beitrag ist Teil einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, die 1987 unter dem Titel „Kontinuität und Wandel“ erschienen ist und deren Titelanex „Die amtliche Statistik in der ersten Hälfte der 80er Jahre“ ihren synoptischen Charakter verdeutlicht: Es werden die einzelnen Beobachtungsfelder der Statistik beschrieben, aber es wird auch das Szenario beleuchtet, in dem sich die amtliche Statistik heute bewegt. Die Kapitel schildern u. a. die Rechtssituation, die Datenverarbeitungstechnik, die Präsentation von Zahlen und — so auch der Titel des Kapitels — die Methodendiskussion. Das letztgenannte Kapitel dieser Zeitschrift wird hier ungekürzt wiedergegeben, nur der Titel ist etwas geändert.

Der erstgenannte Autor ist Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, der zweitgenannte sein ständiger Vertreter im Amt. Die Schrift kann über das dortige Statistische Landesamt gegen vier DM Schutzgebühr angefordert werden.

Die Methodenentwicklung

Nach Jahrzehnten unbeschränkter Anerkennung wurde an den von der amtlichen Statistik genutzten statistischen Methoden seit Anfang der 80er Jahre in der Öffentlichkeit in ständig steigendem Umfang Kritik geübt. Es mag dahingestellt bleiben, ob sich diese Kritik im Gefolge oder unabhängig und nur zufällig zeitlich parallel zu den vielfach gefühlsbetonten Aversionen gegen eine neue Volkszählung entwickelte. Sie war und ist jedenfalls Realität, und eine auf wissenschaftlichen Verfahren gründende Institution wie die amtliche Statistik muß sich dieser Methodenkritik im wissenschaftlichen Raum stellen. Dabei ist formal (nämlich durch Gesetz) dem Statistischen Bundesamt die Aufgabe zugewiesen, den Einsatz wissenschaftlich anerkannter Verfahren — zumindest in der Bundesstatistik — sicherzustellen. Dies entbindet aber die Statistischen Landesämter keineswegs von der Pflicht, innerhalb ihres Arbeitsbereichs entsprechend aktiv zu sein. Sind die Ämter dies in den letzten Jahren in ausreichendem Maße gewesen? Oder besteht wirklich das mancherorts behauptete Methodendefizit? Der Vorwurf trifft den wissenschaftlichen Charakter der Ämter und damit einen wichtigen Aspekt ihres Aufgabenverständnisses. Die Frage muß daher geklärt, eventuell notwendige Kon-

sequenzen müßten unverzüglich gezogen werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine klare, offene Bestandsaufnahme und Situationsbestimmung.

Die grundlegenden Methoden zur Erfassung amtlicher wirtschafts- und sozialstatistischer Daten wurden schon vor weit über 100 Jahren entwickelt. Vor rund 60 Jahren begann die amtliche Statistik weltweit, sich mit dem Einsatz von Repräsentativerhebungen auf Wahrscheinlichkeitstheoretischer Grundlage auseinanderzusetzen, wobei Deutschland, sicher auch wesentlich beeinflusst durch eine für die deutsche Statistik charakteristische Sichtweise und — zeitlich abschließend — durch die besonderen politischen Verhältnisse, in der Praxis zunächst hinter dem Standard führender Nationen hinterherhinkte. Dieser wurde vorwiegend im angelsächsischen Raum vorangetrieben. Entsprechendes galt auch für typisch sozialwissenschaftliche Erkenntnismethoden, die sich auf Umfragen sehr kleinen Umfangs stützen. In diesem Bereich hatten — noch vor dem Zweiten Weltkrieg — zuerst die Umfragen des US-amerikanischen Gallup-Instituts besonderes Aufsehen erregt.

Erst nach Kriegsende, dann aber mit dem Schwung eines erheblichen Nachholbedarfs, fanden die neuen Erfassungstechniken in der bundesdeutschen amtlichen Statistik Einzug. Schon 1946 wurde in die erste Volkszählung nach dem Kriege eine Vorwegauswertung auf der Basis einer 1%-Stichprobe einbezogen. Einen weiteren Meilenstein bedeutet der 1957 erstmalig durchgeführte sogenannte Mikrozensus, primär eine 1%-Stichprobenerhebung über die Situation der Bevölkerung und des Erwerbslebens. Dieser Statistik ging eine fünfjährige intensive Forschungs- und Probearbeit voraus. Von großem Einfluß waren damals unter anderem die Aussagen des amerikanischen Stichprobenfachmanns W. E. Deming, das Vorbild des Current Population Survey der USA, Empfehlungen internationaler Organisationen sowie die eigenen, vielfältigen Schattenaufbereitungen aus verfügbarem Material (insbesondere der Volkszählung 1950). Mit dieser und weiteren neuen Repräsentativstatistiken (besonders zahlreich im Bereich der Landwirtschaft) hatte die Bundesrepublik Deutschland um 1960 mehr als nur den Anschluß an den internationalen Standard der amtlichen Statistik hergestellt und — zumindest für Mittel-

europa — eine führende Position erklommen.¹ Höhepunkt und qualifiziertes Sachdokument aus jener Zeit ist die 1960 erschienene Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Stichproben in der amtlichen Statistik“, an der auch eine Reihe von Mitarbeitern aus Statistischen Landesämtern mitwirkten.² Dieses Theorie und Praxis beschreibende Standardwerk der amtlichen Statistik kann noch heute Studenten und Mitarbeitern in den Statistischen Ämtern zur Lektüre empfohlen werden.

In jener Zeit der frühen 60er Jahre erreichte auch der Arbeitskreis „Mathematische Statistik“ eine Hochblüte. In diesem Gremium der amtlichen Statistik wurden die wichtigsten methodischen Probleme zwischen den statistischen Ämtern, den Bundesressorts, den Inhabern einschlägiger akademischer Lehrstühle und wichtiger Forschungseinrichtungen im Bereich der Wirtschaft intensiv diskutiert. Bedauerlicherweise war der Kontakt zu Institutionen der Sozialforschung nicht allzu intensiv. Diese schlossen sich in eigenen Diskussionszirkeln zusammen. Es ist heute kaum mehr nachvollziehbar, warum eine solche Entwicklung eintrat, die sich keineswegs auf die Bundesrepublik Deutschland allein beschränkte. Vermutet werden kann jedoch, daß die Schwerpunkte der damals angewandten Verfahren in ihrem wissenschaftlichen Ansatz zu unterschiedlich waren (Quotaverfahren in der Sozialforschung einerseits und auf streng wahrscheinlichkeitstheoretischer Grundlage fußende Stichproben in der amtlichen Statistik andererseits) und eine harte Methodenrivalität bestand.

Obwohl sich diese scharfe Trennung im Lauf der Zeit lockerte und viele sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute mehr und mehr die mathematisch-statistische Basis ihrer Ansätze verbreiterten, ist der Kontakt bis heute relativ lose geblieben. In jüngster Zeit werden allerdings Ansätze für eine bessere Kontaktfindung gepflegt.³

Man kann nicht bestreiten, daß die Methodenforschung in der amtlichen Statistik anschließend, das heißt in den 70er Jahren quantitativ zurückging bzw. spezielle Wege

1) Zur damaligen Zeit arbeiteten Fachvertreter wie Kellerer, Koller, Meyrich, Schäffer und Strecker in oder zumindest in enger Verbindung mit den Statistischen Ämtern

2) Um das Zustandekommen dieses Werks hatte sich der spätere Leiter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Prof. Dr. K. Szameitat, besonders verdient gemacht

3) So fand beispielsweise am 3. — 5. März 1986 im Statistischen Bundesamt ein Kolloquium zwischen Vertretern der amtlichen Statistik und der Sozialforschung statt. Das Statistische Landesamt vertiefte Kontakte zu ZUMA Mannheim, zur Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung und zu einem führenden Marktforschungsinstitut.

einschlug. Dies hatte verschiedene Ursachen. Einmal war die Zeit fundamentaler Neuentdeckungen auf dem Gebiet der mathematischen Statistik im Abklingen, das Gebiet im Grundsatz methodisch weitgehend aufgearbeitet. Neue Aufgaben wurden insbesondere in der Analyse von Zeitreihen, in der Entwicklung von prognostischen Verfahren, in der verfeinerten Auswertung statistischer Erhebungen für Zwecke der Regionalstatistik und insbesondere im methodisch anspruchsvollen Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung (zum Beispiel automatische Fehlerkorrekturverfahren und Datenbanken) gesehen. Schließlich, doch nicht zuletzt, machte sich bemerkbar, daß die Anforderungen an den Output der amtlichen Statistik gewaltig stiegen, die Aufstockung personeller Ressourcen aber dahinter weit zurückblieb.

So mußte in den Statistischen Ämtern zwangsläufig (wieder einmal) in erster Linie die nicht streng ergebnisgebundene Forschungs- und Entwicklungsarbeit reduziert werden. An eine Fortschreibung bzw. Neuauflage des oben genannten „Stichprobenbands“ — wie von vielen Seiten gewünscht — war nicht mehr zu denken. Der Arbeitskreis für Mathematische Statistik tagte nur noch selten. Damit hatte die amtliche Statistik ihr Diskussionsforum für Methodenfragen und weitgehend auch die Möglichkeit verloren, ihre Arbeit der interessierten Fachöffentlichkeit vorzustellen. Das Geleistete blieb in der Folgezeit im wissenschaftlichen Bereich innerhalb der Bundesrepublik weithin ebenso unbekannt wie die Tatsache, daß die amtliche Statistik nach wie vor enge Kontakte im supra- und internationalen Rahmen pflegte. Sie war und ist somit über die Entwicklung der amtlichen Statistik in anderen Ländern jederzeit informiert.

Im Gegensatz zur Stagnation der Ressourcen für Methodenfragen innerhalb der Statistischen Ämter wuchs in den 70er Jahren der Output von statistisch vorgebildetem Personal an den Universitäten erheblich. Die statistische Erhebung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Daten gewann außerhalb der amtlichen Statistik eine bisher nie gekannte Breite. Die Menge der Veröffentlichungen mit methodischem Inhalt schwoll an. Symptomatisch für diese weltweite Entwicklung war auch, daß sich die Mitgliedsstruktur des Internationalen Statistischen Instituts und der Deutschen Statistischen Gesellschaft erheblich veränderte. Der Anteil der aus der amtlichen Statistik kommenden Mitglieder sank rapide. Im Bereich der Bundesrepublik entstand schließlich ein solches Ungleichgewicht zwischen den Forschungskapazitäten der amtlichen und der nichtamtlichen Wirtschafts- und Sozialstatistik (zumindest in der Präsentation von Er-

gebnissen), daß neu hinzutretende Beobachter durchaus den Eindruck gewinnen konnten, die amtliche Statistik habe den Anschluß an die Entwicklung verloren. Der für die amtliche Statistik negative Gesamteindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß sich die Medien gerne auf aktuelle, eingängig dargestellte Ergebnisse stützen, die durch kleine Umfragen ermittelt werden. Dabei wird die statistisch-wissenschaftliche Absicherung des Wahrheitsgehalts bzw. der Aussagekraft solcher Ergebnisse vielfach nicht nachgeprüft. Heute liest man zuhauf, daß Umfragen bzw. Auswertungen von gelegentlich sogar weit weniger als 1 000 Fällen wichtige, die Bevölkerung betreffende Fakten zutage gefördert hätten. Mit solchen „Ergebnissen“ sollte die amtliche Statistik allerdings auch künftig äußerst zurückhaltend sein.

Tatsächlich liegen die Verhältnisse im Methodeneinsatz jedoch wesentlich anders als es den äußeren Anschein erweckt. In Wirklichkeit hat sich der nichtamtliche Bereich der Wirtschafts- und Sozialstatistik aufgrund der Verbesserung der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mit Nachdruck an den Einsatz der klassischen Stichprobentechnik herangearbeitet. Er war daraufhin in der Lage, viele der Verfahren einzusetzen, die der amtlichen Statistik aufgrund einer günstigeren Ausgangsbasis von vornherein automatisch zugefallen waren (während die amtliche Statistik umgekehrt sich weit weniger vor die Notwendigkeit gestellt sah, die außerhalb ihres Arbeitsbereichs weiterentwickelten Grundlagen der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung kontinuierlich aufzuarbeiten). Mit der Zeit stellte sich dadurch die Frage, ob die in anderen Bereichen verbesserten statistischen Methoden einen für die vielfältigen Aufgaben der amtlichen Statistik adäquaten Standard erreicht haben und dann infolge ihres nach dem Sprachgebrauch des Bundesverfassungsgerichts „milderen“ Charakters und ihrer Flexibilität die in der amtlichen Statistik angewandten Techniken teilweise ersetzen können.

Um dies zu entscheiden, sind Untersuchungen von wissenschaftlicher Objektivität unabdingbar. Der Gesetzgeber hat jetzt ein solches Vorgehen beim neuen Mikrozensusgesetz ausdrücklich angeordnet. Bedauerlich bleibt allerdings, daß man es bei der Anordnung beläßt und weithin keine Konsequenzen für die Aufstockung des wissenschaftlichen Personals zieht.

Methoden und ihr Anwendungsbereich

Es kann nicht Gegenstand dieser nur einen Situationsüberblick liefernden Darstellung sein, die heute gege-

benen und möglichen Methoden einer wissenschaftlichen Betrachtung zu unterziehen. Wohl aber ist es zweckmäßig, zum Spielraum für Methodenuntersuchungen einige grundsätzliche Aussagen zu machen und die Voraussetzungen für den Methodeneinsatz im Bereich der amtlichen Statistik kurz darzulegen.

Aufgrund des Volkszählungsurteils ist zu ermitteln, ob für die amtliche Statistik „mildere Methoden“ der Erhebung in Frage kommen als die derzeit eingesetzten. Dabei geht es in erster Linie um zwei Problemkreise:

- Läßt sich Pflichterhebung durch Freiwilligkeit ersetzen?
- Kann der Erhebungsumfang — insbesondere die Zahl der erfaßten Fälle — reduziert werden?

Beide Fragen bedürfen einer überaus gründlichen Analyse. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß es eine einzige gesamtgültige Lösung nicht gibt. Dies läßt sich unter anderem daran erkennen, daß die amtliche Statistik nicht ohne Grund schon seit Jahrzehnten mit vielen verschiedenen Erhebungsformen arbeitet.⁴

Beispielsweise werden die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte seit Jahr und Tag auf der Basis von freiwilligen Teilnahmemeldungen erhoben, während bei fast allen anderen Statistiken mit Pflichtauskunft gearbeitet wird. Die Frage des Erhebungsumfangs ist unmittelbar vom Erhebungsziel bestimmt und somit nur individuell lösbar. Dies gilt sowohl für die Zahl und die Art der Erhebungsmerkmale als auch für die Zahl der zu erfassenden Fälle. Eine ganz besondere Rolle spielt dabei die für die Ergebnisse gewünschte regionale Tiefengliederung. Die im letzten Jahrzehnt intensivierten Untersuchungen, inwieweit Stichprobenerhebungen „regionale“ Ergebnisse liefern können, treffen insofern nicht den Kern, weil die vom Auswertungsziel geforderte regionale Tiefe in den seltensten Fällen erreicht werden kann: Die Bundesländer können sich im allgemeinen nicht mit Landes- oder Regierungsbezirksergebnissen und vielfach selbst nicht mit Kreisergebnissen zufriedengeben. Die Nachfrage nach Gemeindedaten (und variablen Aggregationen davon) ist groß und wächst noch ständig. Inwieweit dieser Bedarf unter den Bedingungen des neuen Bundesstatistikgesetzes weiter befriedigt werden kann, bleibt abzuwarten.

4) Einen Überblick liefert die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts „Stichproben in der amtlichen Statistik“, Stuttgart, Mainz, Kohlhammer-Verlag, 1960. Sie zeigt auch auf, in welch vielfältigen Formen Stichprobentechniken in der amtlichen Statistik eingesetzt werden.

Fünf Größen bestimmen die Methodenwahl in der amtlichen Statistik:

- das Erhebungsziel (die gewünschte fachliche und regionale Gliederung der Ergebnisse)
- die Qualität (Genauigkeit) der Ergebnisse
- der Kostenaufwand
- der Datenschutz
- der Zeitaufwand für die Ermittlung der Ergebnisse

Ohne Zweifel führt eine unterschiedliche Gewichtung der fünf Faktoren zu unterschiedlichen Verfahrensvorschlägen. Man muß sich daher — vor jeder weiteren Untersuchung — auf Grundregeln verständigen. Unbestreitbar wird wohl die These sein, daß die Qualität der Daten den Auswertungszielen gerade entsprechen soll. Für die amtliche Statistik ist jedoch — ganz im Gegensatz zu den meisten sonstigen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Umfragen — charakteristisch, daß ihre Ergebnisse vielfachen und unterschiedlichen Zwecken dienen sollen, die nicht selten im voraus gar nicht exakt bekannt sind bzw. sein können. Für das einzuschlagende Verfahren kann bei einer solchen „multifunktionalen“ Erhebung jedoch nur der am weitesten gehende Auswertungswunsch entscheidend sein. Dies führt Außenstehende, die natürlich selten alle Auswertungswünsche kennen, oft zu dem voreiligen Schluß, die amtliche Statistik setze unnötig „harte“ Verfahren ein und mache von Repräsentativverfahren zu wenig Gebrauch. Nicht wenige dieser Kritiker sind noch heute höchst überrascht, wenn ihnen mitgeteilt wird, daß in der amtlichen Statistik sehr oft valide Kreis- oder gar Gemeindeergebnisse gefordert werden. Dies ist mit kleinen Stichproben, die auf wenigen hundert Erhebungseinheiten gründen, von vornherein nicht erreichbar.

Ausgehend von diesen Überlegungen könnte der Vorschlag abgeleitet werden, für jedes definierte Ziel eine eigene und dann relativ kleine, gezielte Erhebung vorzunehmen. Vor solchen Vorstellungen kann aber nur gewarnt werden, weil sie die sachlogische Einheit und die Aussagekraft der amtlichen Statistik gefährden. Sie führen nicht zu weniger, sondern zu mehr statistischer Erhebung, zu inkommensurablen, völlig unvergleichbaren Ergebnissen und letztlich sogar zum Streit über das „richtige“ Ergebnis. Die amtliche Statistik hat aber nur dann einen Sinn und eine Berechtigung, wenn sie von allen Teilen der Gesellschaft als unbestechliche und in ihren Methoden unanfechtbare Einrichtung anerkannt wird. Einer privaten Institution mag eine Falschaussage nachgesehen werden, einer öffentlichen Einrichtung wie der amtlichen Statistik nicht. Darüber

hinaus würden die Ergebnisse der amtlichen Statistik, die wie ein — wenngleich teils etwas löcheriger — Teppich das gesamte gesellschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik beschreibend überdecken, durch ein flickenähnlich zusammen- und übereinandergesetztes Gebilde ersetzt. Insbesondere der Informationsbedarf der Bundesländer und des kommunalen Bereichs wäre auf diese Weise kaum angemessen zu befriedigen. Ein solches Vorgehen würde das mit großem Bedacht nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaute Gesamtsystem der amtlichen Statistik aushöhlen und letztlich zerstören, ein System, um das die Bundesrepublik Deutschland in vielen Ländern der Welt — und insbesondere auch in der angelsächsischen — regelrecht beneidet wird. Man sollte zudem nicht vergessen, daß jede statistische Analyse vom Vergleich lebt. Eine Vielzahl einzelner Erhebungen erschwert den Vergleich der Ergebnisse bzw. macht ihn unmöglich.

Auch die Kostenfrage spielt bei einer öffentlichen Einrichtung wie der amtlichen Statistik eine große Rolle. Allzu undifferenziert wird im öffentlichen Bereich die Meinung vertreten — im privaten Bereich keineswegs! —, daß das Billigste das Beste oder jedenfalls das Angemessene ist. Hierunter hatte die amtliche Statistik schon immer zu leiden. Wie oft fielen gerade im Erhebungsbereich Verbesserungsvorschläge unter den Tisch, weil sie Mehrkosten verursacht hätten: *ceteris paribus* lassen sich natürlich 20 Fragen (mitsamt den heute mehr denn je zur Auflage gemachten rechtlichen Erläuterungen) auf einem vierseitigen Fragebogen besser (bürgerfreundlicher) unterbringen als auf einem zweiseitigen. Andere sehen eine solche Ausweitung jedoch als kostenaufwendige Papierverschwendung an. Die amtliche Statistik hat in den letzten Jahren in zunehmendem Maße externe Fachleute bzw. -institutionen bei der Fragebogengestaltung konsultiert. Die Zahl der verwertbaren Vorschläge hielt sich in engen Grenzen.

Erstaunlicherweise hat das Karlsruher Volkszählungsurteil Kostenfragen überhaupt nicht angesprochen. Die Forderungen nach dem Einsatz des „mildesten Mittels“ und nach einem möglichst guten Datenschutz blieben in dieser Hinsicht ohne Beschränkung. Dies hält der Praxis so natürlich nicht stand. Idealvorstellungen können weder im privaten noch im öffentlichen Leben realisiert werden, wenngleich sie als anzustrebende Ziele gelten. Zumindest wird man feststellen können, daß das Bundesverfassungsgericht die bisherige Dominanz von Kostenüberlegungen bei der Planung von amtlichen Statistiken implizit zurückgewiesen hat.

Auf die amtliche Statistik kam durch die erweiterten Datenschutzvorstellungen auch eine Flut von Forderungen bezüglich der formalen Änderung im Ablauf von Statistiken zu, die einen von Außenstehenden kaum abzuschätzenden Umstellungsaufwand verursachen und zu erheblichen Mehrkosten führen.⁵ Dadurch sind die Statistischen Ämter noch auf Jahre hinaus starken Mehrbelastungen ausgesetzt. Ausfluß dieser Forderungen sind zum Beispiel auch die drastischen Kostensteigerungen bei der Volkszählung 1987. Während dafür jedoch noch zusätzliche Mittel bewilligt werden, gilt dies für die laufenden Statistiken nicht. Hier wird von den Statistischen Ämtern erwartet, daß sie dies durch anderweitige Rationalisierung ausgleichen. Dies muß aber tendenziell auch zu Lasten der Qualität der statistischen Information gehen.

Immer wieder wird gegen die amtliche Statistik der Vorwurf erhoben, ihre Organisation sei zu unflexibel. Die Zeitspanne zwischen Erhebung und Ergebnisrepräsentation sei unannehmbar groß. Diese Aussage mag für die Bedürfnisse einiger Anwender und Nutzer tatsächlich zutreffen. Die Lösung kann nur lauten: mehr Ressourcen und eine straffere Ablauforganisation für die Statistischen Ämter.

Durch gezielte kleine Erhebungen für den einzelnen Erkenntniszweck Abhilfe zu schaffen, mag zwar im Einzelfall möglich sein, tangiert aber das oben genannte Gesamtsystem in einem unvermeidbaren Maße. Dies hat sich im Bereich der Wirtschaftsstatistiken gerade in den letzten Jahren deutlich erwiesen. Die durch „Statistikbereinigungen“ erreichten „Verbesserungen“ wurden größtenteils mit Qualitätseinbußen und Verlusten an regionalstatistischen Erkenntnissen erkauft. Einige „Vereinfachungen“ wurden inzwischen schon zurückgenommen oder führten zu noch aufwendigeren Erhebungen anderer Stellen. Die tatsächlichen Einsparungen mußten weit hinter den politischen Erwartungen zurückbleiben.

5) In manchen Fällen wird sogar die Machbarkeit bezweifelt.

Von besonderer Bedeutung ist die Auflage, daß der neue Mikrozensus und die Volkszählung von methodischen Untersuchungen begleitet werden müssen. Insofern korrigiert der Gesetzgeber die oben angesprochene faktische Reduzierung der Methodenarbeit in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland — zumindest auf Bundesebene.

Dies ist in der Sache uneingeschränkt zu begrüßen. Auch wenn es faktisch kaum neue Methoden gibt, die in der Praxis eingesetzt sind: eine Verschiebung der Gewichte des Einsatzes bekannter Methoden könnte an der einen oder anderen Stelle schon Erfolge bringen. Verhängnisvoll wäre es freilich, wenn sich die amtliche Statistik ohne vorherige sorgfältige Untersuchungen auf Veränderungen ihrer praktischen Arbeit einlassen müßte. Schließlich hat sie neben der Aufgabe, für Planung und Entscheidungen bzw. Entscheidungskontrolle Daten zu liefern, auch die mindestens ebenso wichtige Verpflichtung, ein in sich und über die Zeit hinweg konsistentes „richtiges“ Bild der Gesellschaft zu bieten. Dies ist nur erreichbar, wenn man den Methodeneinsatz aufgrund echter wissenschaftlicher Erkenntnisse optimiert, die praktisch abgesichert sind. Dies zu bewerkstelligen ist eine wichtige Aufgabe, wenn nicht *die* Herausforderung an die amtliche Statistik in den verbleibenden 80er und im Übergang zu den 90er Jahren. Leider muß man feststellen, daß die gesetzgeberische Arbeit der letzten Zeit diesem Ziel nur eingeschränkt entsprach. Sie war einseitig von der Sorge geprägt, zumindest die Auflage des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen. So wurden von fachfremder Seite ablauftechnische Vorgaben gemacht, die vorher nicht ausreichend erprobt werden konnten, die Einsatzmöglichkeiten kleiner ad-hoc-Erhebungen und von Erhebungen auf freiwilliger Basis vereinfacht. Für die Intensivierung der Untersuchungen fehlen bisher weithin die notwendigen Forschungsmittel. Externe Unterstützung allein ist sicher keine Lösung des Problems.

Kurzberichte

Statistik der Gewerbeanzeigen wieder aufgenommen

Wer den selbständigen Betrieb eines Gewerbes anfängt, hat dies grundsätzlich der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen. Dies gilt auch für die Aufgabe und die Verlegung des Betriebes und den Wechsel des Gegenstandes des Gewerbes. Die Gewerbeanzeigen sind Mitte der sechziger Jahre statistisch ausgewertet worden und werden seit 1987 wieder aufbereitet. In den beiden Jahren 1987 und 1988 wurden durchschnittlich gut 27 000 Gewerbeanzeigen registriert. In diesen Meldungen sind auch Veränderungen bei weiterhin bestehenden Gewerbebetrieben enthalten. So bewirkt beispielsweise der Verkauf eines Betriebes sowohl eine Abmeldung als auch eine Anmeldung und die Sitzverlegung innerhalb der Gemeinde eine Ummeldung. Diese Veränderungen werden in den folgenden Ausführungen außer acht gelassen und nur die Neuerrichtungen und vollständigen Aufgaben beschrieben.

Wirtschaftszweig	Gewerbebetriebe					
	Neuerrichtung		vollständige Aufgabe		Saldo	
	1987	1988	1987	1988	1987	1988
Industrie	93	73	41	61	52	12
Verarbeitendes Handwerk	1 330	1 239	772	964	558	275
Handel	4 371	4 445	2 727	2 793	1 644	1 652
Sonstiges	6 461	6 502	3 124	3 573	3 337	2 929
Insgesamt	12 255	12 259	6 664	7 391	5 591	4 868

Im Jahre 1988 wurden gut 12 000 Gewerbebetriebe neu errichtet und reichlich 7 000 vollständig aufgegeben, so daß es per Saldo fast 5 000 neue Gewerbebetriebe in Schleswig-Holstein gab. Für 1987 war die Bilanz sogar noch etwas günstiger gewesen, weil die Aufgaben nicht ganz so zahlreich gewesen waren. Da die Anzeigen in erster Linie den Zwecken der Gewerbeordnung dienen, gibt es für die Abmeldungen und folglich auch für den Saldo nur eine grobe wirtschaftliche Gliederung. Danach entfielen sechs Zehntel der zusätzlichen Betriebe auf den Bereich „Sonstiges“, worunter vor allem das Dienstleistungsgewerbe fällt, ein Drittel auf den Handel und 6 % auf das verarbeitende Gewerbe. Im Jahre 1987 stellten der Bereich „Sonstiges“ den gleichen Anteil, der Handel drei Zehntel und das verarbei-

tende Gewerbe reichlich ein Zehntel. Die meisten zusätzlichen Gewerbebetriebe wurden als Einzelunternehmen errichtet (1988: drei Viertel, 1987: acht Zehntel), und die zweitwichtigste Rechtsform war die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (1988: ein Sechstel, 1987: ein Zehntel). Bemerkenswert ist, daß immerhin fast jeder zwanzigste zusätzliche Gewerbebetrieb von Ausländern errichtet worden ist. Die Dänen und Türken sind dabei am zahlreichsten vertreten.

Die Gewerbeanmeldungen lassen sich in tiefer wirtschaftlicher Gliederung darstellen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Angaben zur angemeldeten Tätigkeit nicht immer umfassend genug sind, um den wirtschaftlichen Schwerpunkt genau festlegen zu können. Über 4 000 oder reichlich ein Drittel der gut 12 000 Neuerrichtungen im Jahre 1988 betrafen das Dienstleistungsgewerbe. Von diesen wollten sich vier Zehntel mit Rechts- und Steuerberatung, Werbung, Planung und Dienstleistungen für Unternehmen beschäftigen. Ebenfalls etwas mehr als 4 000 oder ein Drittel stellte der Handel. Hiervon strebten nicht ganz sechs Zehntel eine Einzelhandels- und knapp drei Zehntel eine Großhandelstätigkeit an. Auf den produzierenden Bereich entfielen 2 000 oder ein Sechstel der Neuerrichtungen, auf Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe 8 % und auf Verkehr und Nachrichtenübermittlung 7 %.

Der Schwerpunkt der Neueinrichtungen lag in den an Hamburg angrenzenden Kreisen. Über 4 000 oder ein Drittel von ihnen wurden für die Kreise Pinneberg, Segeberg und Stormarn gemeldet. Unter den kreisfreien Städten ragte Kiel mit gut 1 000 Neuerrichtungen heraus. Demgegenüber gab es in Neumünster nur 367 Neuerrichtungen und damit die wenigsten.

Walter Dahms

Studienwünsche der Abiturienten

Anfang des Jahres 1988 wurden 10 387 Schülerinnen und Schüler, die vor der Hochschul- oder Fachhochschulreife stehen, nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. Von ihnen äußerten 6 589 oder 63 % die Absicht zu studieren, 1 467 oder 14 % wollten nicht studieren, und 2 331 oder 22 % waren noch unent-

geschlossen. Das Interesse an einem Studium hat weiterhin zugenommen. Die Zahl der studienwilligen Schülerinnen und Schüler hat den höchsten absoluten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahre 1973 erreicht.

Bei den Schülerinnen ist das Interesse an einem Studium nach wie vor geringer als bei den Schülern: 71 % der männlichen Schüler, aber nur 55 % der Schülerinnen wollten studieren. Nur 8 % der Schüler hatten keine Studienabsichten, dagegen wollten 21 % der Schülerinnen Abstand von einem Studium nehmen.

Von den 260 000 befragten Schülerinnen und Schülern des gesamten Bundesgebietes wollten 168 000 oder 64 % studieren. Von ihnen strebten 3 300 ein Studium in Schleswig-Holstein an. Gut die Hälfte von ihnen (1 700) wollten an der Universität Kiel studieren, nicht ganz 2 000 an einer pädagogischen Hochschule und 1 200 an einer Fachhochschule. 27 % der Schülerinnen und Schüler, die in Schleswig-Holstein studieren wollten, strebten jedoch vor Studienbeginn erst eine anderweitige Ausbildung an.

Ingo Petersen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl s = geschätzte Zahl
r = berichtigte Zahl D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

- = nichts vorhanden

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv Erwerbstätigkeit

1. Bevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben

Stand	Bevölkerung		Erwerbspersonen ^{1) 2)}		Von eigenem Vermögen, Renten, Unterstützung usw. Lebende ²⁾		Angehörige ohne Hauptberuf	
	insgesamt	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
Grundzahlen								
Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg								
1. 2. 1840	849 000	424 800	298 500	.	55 300	.	495 200	.
1. 2. 1845	888 800	443 900	311 600	.	55 600	.	521 600	.
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920								
3. 12. 1867	1 031 700	515 600	390 300	104 100	24 800	11 900	616 600	399 600
5. 6. 1882	1 124 100	561 000	462 700	117 400	36 900	18 100	624 500	425 500
14. 6. 1895	1 298 000	637 100	545 500	135 900	60 200	28 600	692 300	472 600
12. 6. 1907	1 545 700	752 800	684 200	190 700	91 900	45 400	769 600	516 700
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936								
16. 6. 1925	1 519 400	769 800	726 500	226 200	102 200	53 200	690 700	490 400
16. 6. 1933	1 589 700	801 700	758 800	243 700	149 800	74 100	681 100	483 900
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937								
17. 5. 1939	1 538 900 ^{a)}	771 700	756 200	250 400	148 300	75 100	634 400	446 200
29. 10. 1946	2 575 200	1 418 400	971 400	313 000	429 500	313 600	1 174 300	791 800
13. 9. 1950	2 594 600	1 384 200	1 035 400	335 200	358 800	216 500	1 200 400	832 500
6. 6. 1961	2 317 400	1 223 600	925 200	292 900	397 900	240 600	994 400	690 000
Verhältniszahlen								
Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg								
1. 2. 1840	100	.	35	.	7	.	58	.
1. 2. 1845	100	.	35	.	6	.	59	.
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920								
3. 12. 1867	100	100	38	20	2	2	60	78
5. 6. 1882	100	100	41	21	3	3	56	76
14. 6. 1895	100	100	42	21	5	5	53	74
12. 6. 1907	100	100	44	25	6	6	50	69
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936								
16. 6. 1925	100	100	48	29	7	7	45	64
16. 6. 1933	100	100	48	30	9	9	43	61
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937								
17. 5. 1939	100 ^{a)}	100	49	32	10	10	41	58
29. 10. 1946	100	100	38	22	17	22	46	56
13. 9. 1950 ²⁾	100	100	40	24	14	16	46	60
6. 6. 1961 ³⁾	100	100	40	24	17	20	43	56

1) Hauptberuflich Erwerbstätige und Erwerbslose, einschl. Hausgehilfen, die im Haushalt ihres Arbeitgebers leben (1882 bis 1907 nicht als hauptberuflich Erwerbstätige angesehen) 2) ohne "Angehörige ohne Hauptberuf" 3) 1961: Personen mit überwiegend Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit (Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen bei allen 3 Gruppen gestört)
a) ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes

2. Bevölkerung nach dem Wirtschaftsbereich

Es wurde versucht, die Ergebnisse der älteren Berufszählungen auf die heute gültige Systematik der Wirtschaftszweige umzustellen. Dabei mußte teilweise mit Schätzungen gearbeitet werden. In den Quellen für die Jahre 1840 und 1845 wurden nur Berufe ausgewiesen. Diese wurden - soweit möglich - den heutigen Wirtschaftsbereichen zugeordnet. Die Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 liegen ebenfalls noch nicht in wirtschaftssystematischer, sondern nur in berufssystematischer Gli-

derung vor. Bei diesen Zählungen vermischen sich aber in starkem Maße Berufs- und Betriebszugehörigkeit; so waren z. B. viele Berufsbenennungen in Wirklichkeit Betriebsbenennungen. Es wurden daher die damaligen "Berufsabteilungen" den späteren Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsbereichen gleichgesetzt. Eine besondere Auszählung nach Wirtschaftsabteilungen erfolgte erstmals 1925.

Stand	Bevölkerung insgesamt	davon waren einschließlich ihrer Angehörigen ohne Hauptberuf								von eigenem Vermögen, Renten, Unterstützungen usw. Lebende	
		Berufszugehörige der Wirtschaftsbereiche (nach der Systematik 1961)									
		Land- u. Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei		Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe) 1)		Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung		Sonstige Bereiche (Dienstleistungen)		Anzahl	%
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg											
1. 2. 1840	849 000	440 800	52	186 200	22	49 000	6	103 800	12	69 200	8
1. 2. 1845	888 800	454 500	51	202 500	23	51 700	6	109 000	12	71 100	8
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920											
3. 12. 1867	1 031 700	513 300	50	241 300	23	69 600	7	166 300	16	41 200	4
5. 6. 1882	1 124 100	469 200	42	316 800	28	103 400	9	177 200	16	57 500	5
14. 6. 1895	1 298 000	452 500	35	399 000	30	140 700	11	219 100	17	86 700	7
12. 6. 1907	1 545 700	445 300	29	510 000	33	197 600	13	261 000	17	131 800	8
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936											
16. 6. 1925	1 519 400	349 400	23	523 600	34	252 700	17	236 300	16	157 400	10
16. 6. 1933	1 589 700	351 900	22	481 400	30	270 500	17	262 400	17	223 500	14
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937											
17. 5. 1939	1 538 900 ^{a)}	320 900	21	480 500	31	204 000	13	332 100	22	201 400	13
29. 10. 1946	2 575 200	443 000	17	625 200	24	256 200	10	400 900	16	849 900	33
13. 9. 1950 ²⁾	2 594 600	405 100	16	814 500	31	340 800	13	468 600	18	565 600	22
6. 6. 1961 ²⁾	2 317 400	(245 700)	(11)	(727 200)	(31)	(336 200)	(15)	(467 000) ^{b)}	(20) ^{b)}	541 300 ^{c)}	23 ^{c)}

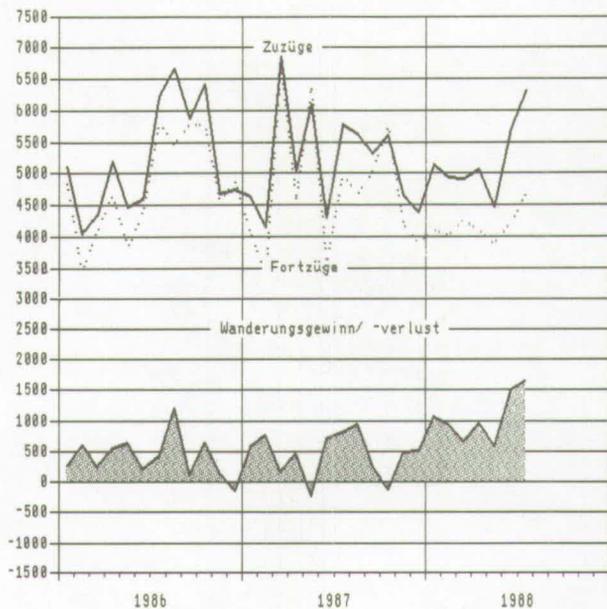
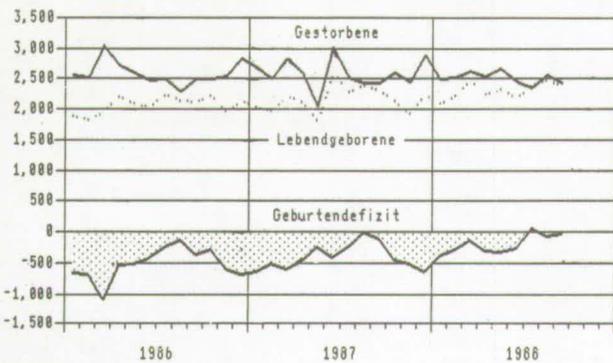
1) bis auf 1961 einschließlich "ohne Angabe" 2) Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen ist gestört, da die Soldaten alle dem Dienstleistungsbereich zugeordnet worden sind
a) ohne die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes b) einschließlich Soldaten und deren Angehörige, sowie "ohne Angabe des Wirtschaftsbereichs" c) einschließlich "ohne Angabe des überwiegenden Lebensunterhalts des Ernährers"

Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967

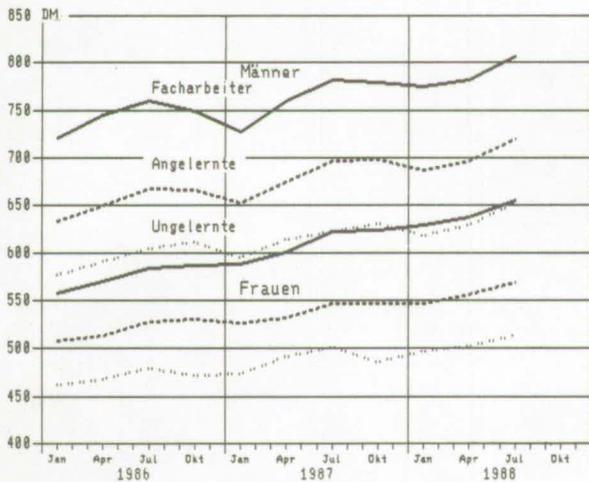
Entwicklung im Bild

D 5607 Stat. LA S-H (A)

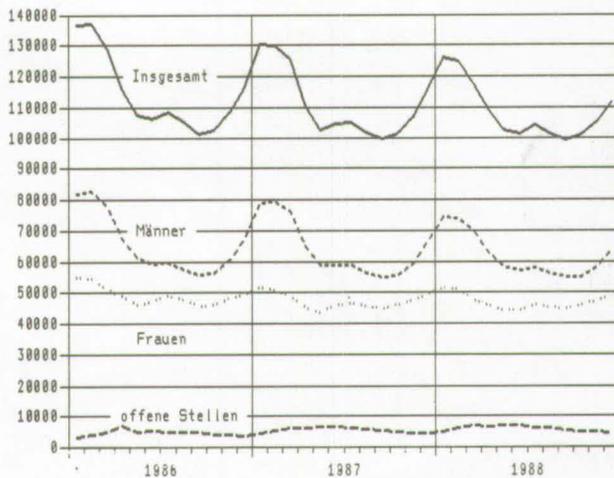
Bevölkerungsstand und -veränderung



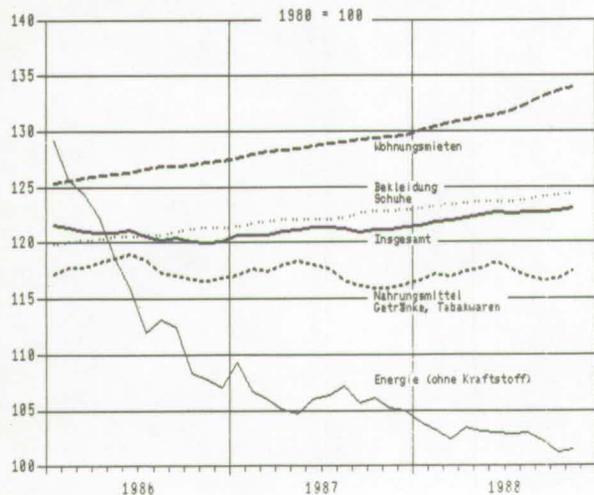
Bruttowochenverdienste



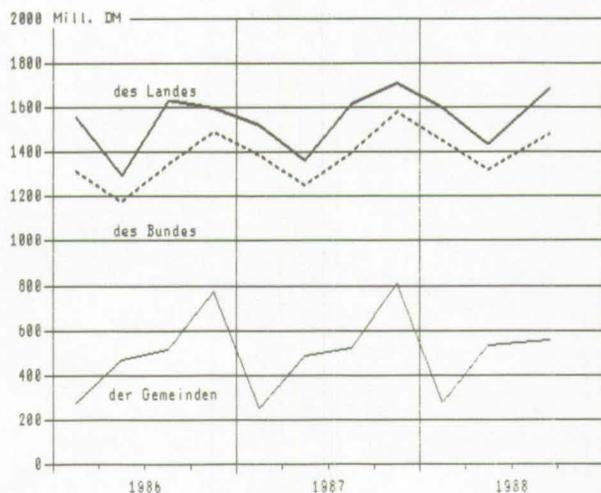
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -